

Der Satz beträgt jährlich 2,50 M., bei einmaliger Zahlung 2,75 M., kann bei Post 3,25 M., auch Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung“ eingetragen. Für abendzeitliche Eingabe von Beiträgen und für Sonderabdrucke: Preis nur mit „Saale-Zeitung“ gestattet.

Verleger der Redaktion Nr. 1149; Geschäftsstelle Nr. 176; Verlagsadresse (Post 54) Nr. 2266.

Saale-Beitung.

Verlegerischer Jahrgang.

werden die Spaltenpreise oder dem Raum mit 20 Pfg., folge aus Halle mit 30 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, von unseren Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Reklamen die Seite 75 Pfg.

Ercheint wöchentlich 6mal; Samstags und Montags einmal, sonst 6mal täglich.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Braunschweigstr. 17; Nebenredaktionsstelle: Markt 24.

Nr. 468.

Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 6. Oktober

1906.

Politische Wochenplan.

In der dringlichsten Frage liegt die Antwort des Reichskanzlers an das Braunschweigische Staatsministerium nimmer vor. Daraus ist zu entnehmen, daß der Herzog von Cumberland bisher keine Aenderung in seinen Beziehungen zu Preußen hat eintreten lassen. Dies Verhalten wie auch die wiesische Agitation, die unter stillschweigender Duldung des Herzogs stattfand, verbietet es der preussischen Regierung, im Bundesrat ein etwaiges Antrags auf Abänderung oder Aufhebung des Bundesratsbeschlusses vom 2. Juli 1885 zuzustimmen, durch den der Herzog von Cumberland als an der tatsächlichen Übernahme der Regierung „behindert“ bezeichnet wird. Bei dieser ablehnenden Haltung Preußens ist der Reichskanzler nicht in der Lage, einen Beschluß des Bundesrats herbeizuführen, durch den der Bundesratsbeschuß vom 2. Juli 1885 aufgehoben oder abgeändert werden könnte. Die Stellungnahme des Kanzlers ist korrekt und kann nur gebilligt werden. Interessant ist, daß Preußen als zweiten Grund des Einpruchs gegen den Herzog von Cumberland die wiesische Propaganda ins Feld führt. Es leant also offenbar Wert darauf, schamlos, daß ihm eine Verschleierung des Herzogs aufzuzunehmen, nicht genügt, sondern daß er außerdem der wiesischen Agitation entgegenzutreten habe, wenn er Preußens Zustimmung zum Bestehen des braunschweigischen Thrones erlangen will. Auch diese preussischen Bedenken sind verständlich. Die Folge der ablehnenden Haltung Preußens ist, daß nur ein neues Provokativ für Braunschweig in Frage kommt. Er am 20. Oktober zusammenzutretende braunschweigische Landtag wird sich wohl mit den vorbereitenden Schritten zu einer neuen Regierung wohl zu befassen haben.

Fürst Bülow wird vor Ende Oktober nach Berlin zurückkehren. Eine Depesche des deutschen Kaisers ätzte den Landwirtschaftsminister zu einer Unterredung nach Rominten, worauf die Blätter orakelten, ob es sich um eine Einladung zur Jagd oder nur eine Besprechung wegen der Fleischnot handele. Die Wahrnehmung konnte man jedenfalls machen, daß die Befürworter der Politik, die von einer Dämpfung der Grenzen nichts wissen mag, in der letzten Zeit sehr still geworden sind. Die führenden Blätter der nationalliberalen Partei und des Zentrums sind in das Lager derjenigen abgewandert, welche für die Dämpfung der Grenzen eintreten. Selbst die freisinnigsten „Völk“ erklärt die Frage für diskutierbar. In den publizistischen Kreisen des Zentrums hat das Grenzverengungsstema zu einer scharfen Auseinandersetzung geführt, wobei sich die in den Hintergrund gedrängten agrarischen Zentrumsfraktionen der heutigen Agrarier seitens der sozialreformistischen Gruppe ausgesetzt sehen. Die Zentralstelle für Viehverwertung muß selbst zugeben, daß die Fleischpreise unhaltbar und unermesslich hoch sind. Sie möchte aber den Viehhändler ausgedacht wissen. Es ist einleuchtend, daß dies der erste Schritt zum Fleischkauf, zum Fleischverwertungsmonopol der Zentralstelle wäre. Freilich glaubt die agrarische Presse sich gegen den Vorwurf, dies Monopol zu erstreben, verwahren zu sollen. Aber was über die Absichten des Herrn King und über die Schwierigkeiten im vorigen Jahre zur Vermeidung des Viehmangels bekannt geworden ist, läßt doch die Vermutung, daß die Agrarier eine Fleischverwertungsmonopolvorrichtung anstreben, nicht ungerechtfertigt erscheinen. Solcher ungeliebten Politik aufs entschiedenste zu begegnen, ist eine unabweisbare Pflicht der Staatsregierung, und es ist nicht mehr zu begreifen, daß sich die übrigen Minister gegen die resportpolitische Betätigung auf dem Gebiete des Landwirtschaftsministeriums nicht rühren.

Die Kolonialdebatte führte zu weiteren unerwünschten Evidenzen. Die „Freisinnige Zeitung“ brachte neues Material zur Beurteilung des Falles Horn herbei und stellte neue Eröffnungen über die Verwaltung in Togo in Aussicht, die sich u. a. auf eine Anlage des Bezirkskommandant Dr. Kerling beziehen. Das Blatt teilt mit, daß gegen den Untersuchungsrichter Schmidt in Sachen Göz und Genossen eine Beschwerde Erzbergers und der angeklagten Beamten eingereicht sei, weil Schmidt angeblich gegen Beamten des Kolonialamts die Erzbergerschen Aufzeichnungen mitgeteilt habe. Wir wissen nicht, was an diesem Vorwurf Wahrheit ist und können nicht glauben, daß es sich überheben, schamlos für eine Aufklärung der misslichen Angelegenheit Sorge zu tragen. Die angeklagten Beamten sollen Schmidt bereits als befangen abgelehnt haben. Weiter erhebt das Blatt eine Anfrage gegen die Städtische Verwaltung, in Sachen der Anstellung der Kolonialattachés in Paris und London, wobei es sich auf einen in die Kolonialakten von Geheimrat Hellwig aufgenommenen Brief Dr. Hummels bezieht. Obwohl Stübel aus diesem Brief erfahren konnte, daß die Tätigkeit der Kolonialattachés eine völlig entbehrliche sei, habe er die Posten gleichwohl in die neuen Etats übernommen. Offensichtlich wird Herr Dernburg mit diesen Kolonialstrukturen aufwachen. Von den „Hamb. Nachrichten“ erfährt man, daß Erzbergers Quelle bei der Besichtigung zweier Berliner Blätter wegen Befragung der deutsche Pfeilvertreter des Kongofalles, Herr Padenbroich, Brüsseler Mitarbeiter der „Köln. Volkszeitg.“ gewesen sei. Erzberger selbst äußerte sich nicht zur Sache. In einer Rede in Münster gab der Zentrumsdiplomate Freiherr v. Berling seine Ansicht über die Stellung des Zentrums zu der kolonialen Reformpolitik bekannt. Schlicht sieht Herr v. Berling auf demselben Boden wie Erzberger. Nur in der Form zeigt er sich konstanter. Seinen Ausführungen konnte man entnehmen, daß die Selbständigmachung des

Kolonialamtes auf fängig keine Unterstützung durch die Zentrumsmehrheit finden wird. Ueber den sozialdemokratischen Debäcle in Mannheim wurde schon vor acht Tagen an dieser Stelle das Erforderliche gesagt. An die unumwundene Anerkennung, die Bebel der Festigkeit des deutschen Ordnungstaates zollte, sich zu gewöhnen, fällt der bürgerlichen Presse nicht ganz leicht. Es ist nur mit Freuden zu begrüßen, daß der Parteitag seine Torheit von Jena, speziell aber die grenzenlose Nartheit seiner Massenfreitpropaganda in Sachen des preussischen Wahlrechts eingesehen und durch Annahme der Mannheimer Resolution aufgehoben hat. Selbstkenntnis pflegt der erste Schritt zur Besserung zu sein. Es wurde zwischen den Zeilen eingesehen, daß bei der Schwäche der Sozialdemokratie und der Generalschaft gegenüber dem deutschen Staatsgebäude, nicht die sozialistische Partei es ist, die Koalitionstendenz und Reichstagswahlrecht genähert, sondern daß der Stütz dieser beiden Volkstendenzen von dem vernünftigen Verhalten der Regierung und der bürgerlichen Parteien garantiert wird. Den Drängern von links glaube Bebel durch die Einbringung einer Resolution gegen eine russische Intervention nachgeben zu sollen. Die Resolution befaßt sich natürlich mit einer Parteipolitik, an die kein Mensch im Deutschen Reich denkt. In der Meißenerfrage wurden die Jenerer Beschlüsse bekräftigt. Jeder der „Genossen“ kann es danach halten wie er will. Ueber Volkserziehung wurden nicht gerade neue Ideen produziert und in Sachen der Strafrechts-Strafprozeß-Strafvolzugsreform vermahnt man ebenfalls seine weiterführende Neugier. Bebel's scharfe Abgabe an den Antimilitarismus fand die Billigung der großen Mehrheit der Partei. Damit ist eine weitere Scheidung gegen links hin errichtet. Nicht bemerkenswert war in dieser Frage der scharfe Zusammenstoß Bebel's mit Liebknecht, der sich zum Wortführer der antimilitaristischen Gruppe machte, wobei er wohl auf die Gunst der Sozialisten spezialisierte. Die sog. junge Garde wird der älteren Genossenschaft noch mancher sorgenschwere Stunde bereiten. Die „Kölnische Zeitung“ faßt ihr Urteil nach der Mannheimer Tagung dahin zusammen, daß sie sagt: „Wenn die Sozialdemokratie sich weiter entwickelt wie bisher, so überwiegt die Wahrscheinlichkeit, daß sie mit der Zeit von der doktrinären Negation allmählich zu einer gewissen politischen Mitarbeit im Staatsleben übergeben wird, zur Mitarbeit aber nur als engbrüstige Interessensvertretung des Proletariats. Das nationale Interesse, das Wohl der Gesamtheit, wird der zukünftigen Sozialdemokratie ebenso gleichgültig bleiben wie der heutigen.“ Dieser Auffassung kann man im wesentlichen beistimmen.

Der in München abgehaltene Kongreß der süd-deutschen Volkspartei zeigt, daß der entschiedene Liberalismus nicht gewillt ist von der politischen Bühne zurückzutreten, sondern ernstlich und konsequent den Kampf mit den gegenwärtigen Parteigruppen aufzunehmen entschlossen ist. Man mag sich zu der Politik des einigenden Bündnisprogramms verhalten wie man will, jedenfalls ist der frische Zug und die überzeugungstreue Entscheidung, die sich in München zeigten, eine erfreuliche Tatsache, und es ist die Hoffnung wohl am Platze, daß das freigeleitete Bürgerium mit Sympathie die sich allenthalben zeigenden Regungen eines härteren Erwachens der liberalen Bewegung begleitet. Auf der heute in Goslar beginnenden Tagung der nationalliberalen Partei dürfte gerade die entschiedene liberale Tonart außerordentlich stark zur Geltung gelangen. Freilich wäre es nicht das Nichtigste, wollte ein Teil der Nationalliberalen den anderen bei dieser Gelegenheit aus der Partei herausdrängen; es darf auch in Goslar, wie ein rheinisches Blatt zutreffend bemerkt, weder Sieger noch Besiegte geben. Die ganze Partei muß als geschlossene Gruppe einen Ruch nach links vollziehen. Das allein tut not, nicht aber eine neue Zerplitterung.

Von dem Parteitag der Christlich-Sozialen Partei und demjenigen der Mittelstandsvereinigung braucht man wohl nicht viel Aufhebens zu machen. Eider'scherhoffer Kolonial nach 80000 Mark Mißlingen hängt wohl mit der Begründung gemeinsamer katolischer und evangelischer Arbeitersekretariate zusammen. Die unheimliche Mühsarbeit der Christlich-Sozialen, Mittelstandsvereiner und Antikemisten wird vermutlich bis zu den Wahlen dahin geführt haben, daß die Wahlkreise in völlige Verwirrung zu bringen, so daß beiseite auf des Treiben aufmerksam zu machen ist. Die Bemerkung der „Germania“ über die neue Militärvorlage war nichts als das Klagen des Dummen. Es stellt sich heraus, daß keine über den Rahmen des Dünkenquats hinausgehende Forderungen verlangt werden, doch sollen die Mehrforderungen auf dem Gebiet des militärischen Verkehrsweesen an Automobilen, Funkfunkverbindungen usw. recht beträchtlich sein. Der Fall Penzig in Charlottenburg zeigte von neuem, was die Vera Stadt bedeutet und bedeuten wird. Der vorläufige verlagte Prozeß gegen die Erzfurter „Tribüne“ wird allem Anschein nach Gelegenheit geben, hinter die Kulissen der preussischen Abgeordnetenhauspolitik zu leuchten. Ob das den Beleidigungsantragstellern angenehm sein wird, ist eine Frage für sich. Das ein mit Immunität ausgezeichnetes Parlament so weit geht, einen Angriff auf gerichtliche Weite und nicht durch Erörterung vor seinem Forum abzumit, ist auch so ein Stimmungsbild aus Preußen-Deutschland, das zu allem übrigen paßt, und zeigt, wie bereit wird wir es bereits gebracht haben.

Der Antipolentanz, der die unangenehmen Verdränglichkeiten des polnischen Kinderrechts seitige, wird nun noch zu einer Reihe von Prozeßen führen, die gegen die Eltern der polnischen Kinder angestrengt werden. Und

war will man dabei den Paragrafen, der vom Widerstand gegen die Staatsgewalt handelt, zur Anwendung bringen. Bisher hat man sich den Begriff eines solchen Widerstandes anders vorgestellt als er hier nun interpretiert wird. Ob ferner den alternativen Zukunften der Frau Brzejski eine größere Bedeutung beizumessen ist, wird ja wohl der gegen sie angelegte Prozeß lehren. Die Ausdrücke des politischen Fanatismus sind jedenfalls nicht spontan, ohne irgend welche Urkräfte zu erklären. Eine Regierung, die den Polen diktatorisch entgegentritt, kann sich über solche Folgeerscheinungen ihrer Politik schließlich nicht wundern. Recht lehrreich war der witzige Versuch der Vera Roma gegen Deutschland. Daß also doch alle Weisungen von Rom mit einem derartigen Mißerfolg enden müssen, der auch durch nachträgliche Korrekturen an dem Artikel seitens der um den Einfluß des Zentrums besorgten Presse nicht in Abrede gestellt wird! Eine Reihe von internationalen Kongressen wie derjenige der Internationalen Latein-Assoziation und der für Funktelegraphie in Berlin zeigte, daß auf dem internationalen Handels- und Verkehrsgebiet neue große Aufgaben zu lösen sind. Wären die Kongresse wie auch die Pariser Konferenzen zur Reform des deutsch-französischen Urheberrechts von bestem Erfolg gekrönt sein.

In Frankreich war die Rede Clemenceaus in der Woche mehr als ein bloßes Tagesereignis. Seine Worte gegen das Papsttum wurden durch entsprechende Beschlüsse der radikalen und radikal-sozialen Partei unterstützt, die den 1. Dezember dieses Jahres zu einem voraussichtlich folgenschweren Tage der inneren französischen Entwicklung kempfen. In England betonte Kriegsminister Salbana, von einer weiteren Verstärkung keine Rede sein. Seine Reform sei im wesentlichen überhaupt keine Abklärung, sondern eine Ersparnis-Reform, wobei er die preussische Sparsamkeit zum Muster genommen habe. Diese Aufklärung kommt zwar spät, ist aber nicht unwillkommen. Der Gedanke einer Einberufung der Haager Konferenz scheint auch wieder aufgegeben zu sein. Einmal will Frankreich den Papst nicht dabei haben und dann heißt es, die russischen Wirren nötigen Ausfluß, um eine Einmischung zu erlauben. Uns kann's jedenfalls recht sein. Die Meldungen über den englisch-russischen Inbetrug wurden alsbald wieder demontiert. In Dänemark überreichte eine mohammedanische Deputation, die 61 Millionen Wohnanhabner vertritt, dem Vizekönig Carl von Wlino die Forderung der Beteiligung der Eingeborenen bei der Verwaltung des Landes. Die englisch-ungarischen Sympathieundebungen, die bei dem Besuch englischer Handelskammern in Ungarn zu Tage traten, können leicht in Österreich verstimmt wirken. Es ist wohl nicht unangenehm, daß eine solche Tendenz dem englischen Besuch zu Grunde gelegen hat. Der tschechische Solifikation mit Österreich-Ungarn dauerte auch diese Woche noch an. Der jüdischen Südafrika und Australien vereinbarte Vorzugsolltarif ist bereits am 1. Oktober in Kraft getreten.

In der kritischen Frage erfolgte die Übernahme des Gouvernements der Insel durch Jaimis unter dem Protekt der Porte. Bulgariens Demobilisierung kennzeichnete sich als ein Nachlassen der Spannung in Mazedonien. In Perien begannen die Abgeordnetenwahlen auf Cuba richtete der amerikanische Kriegesekretär Taft eine provisorische Regierung ein. Die vier mittelamerikanischen Kleinstrepubliken Costa Rica, Guatamala, Honduras und San Salvador schlossen sich zu einem Staatenbunde zusammen, der die nordamerikanische Union und Mexiko in Streitfällen zu Schiedsrichtern bestimmt. Von dem in Brasilien herrschenden Mißtrauen gegen die Union gab der von dort heimgekehrte Gouverneur von Virginia, Matague, in bemerkenswerter Weise Kenntnis.

Ueber sein Land werden so viele unwahre Meldungen verbreitet wie augenblicklich über Rußland. Was wurde nicht alles über die Jarenreise, über die Flucht der Jarenfamilie und über Verdrängungen in Peterhof zusammengeerunden. Die Jarenfamilie ist tatsächlich nach ihrer Erholungsfrist am Donnerstag nach Peterhof zurückgekehrt. Auch über Witte gingen Falschmeldungen in großer Menge ein. Einige Berichte sagten, er sei in Rußland eingetroffen und wolle sich im Kaukasus niederlassen, während der Graf in Wirklichkeit in Brüssel und Paris weilte. Was an den Meldungen über die russischen Finanzen richtig ist, kann niemand wissen. Der offizielle Drach stellt die Finanzen stets als überaus günstig dar, die dem offiziellen Ausland feindlichen Bureau's behaupten das Gegenteil. Da es eine Klarlegung des Budgets vor einem Parlament in Rußland nicht gibt, ist man auf Umwegen beschränkt. Die fortwährenden Bombentatzen sind ein Beweis, daß das Land noch weit entfernt von ruhiger Entwicklung ist. Schweden hat in liebedürftiger Weise die Führer der roten Garde nach Finland angestellt. In Kronstadt wurden 19 meuterische Matrosen hingerichtet. Der Radettkongreß wurde vorläufig gestoppt, zugleich aber die Unterzeichner des Woborer Manifests, Fürsten Urussov und Dornitski in Anklagezustand versetzt. Durch die Felderzüge wurden 54 Einrichtungen vollzogen. Fürstliche Schilderungen über Ausschreitungen der Sozialen an Frauen und Mädchen trafen aus Georgien ein. Ueber 1100 Personen aus den Kreisen der russischen Intelligenz wurden in wenigen Wochen nach Sibirien verschickt. Drei Monate ist Stolypin erst am Ruder, aber seine Herrschaft ist so Grunde charakterisiert. Schlimmer kann es in Rußland kaum noch werden.

F. W.

Vermischtes.

Stensberg, 5. Okt. (Eine unlesbare Straßung) stellt dieser Tage eine ...

Dieben-Verbreitung. Stellen wurde: Dem Großherzoglichen ...

Personal-Nachrichten. Dem Kaiser über die ...

Kunst und Wissenschaft.

Wilhelm Waldeyer. Heute feiert der Ordinarius für Anatomie ...

Familienbriefe von Richard Wagner. Eine interessante ...

Ein Fall der verloren gehaltenen Partitur von Beethoven ...

Wiederherstellung der Trajanssäule. Wie aus Rom berichtet ...

P. Schmitts Nachrichten. Aus Cambridge (Massachusetts) ...

z. Mehrere Mitteilungen. Die Erdbebenwelle ...

Selbstmorde in geistiger Umfassung. In geistiger ...

Wollenbrüche im Westen des Rheingebirges haben neues ...

Krankheitsfälle. In Scherbel wurde ein professioneller ...

Wegführung. Es verlegt fast kein Tag, an dem nicht ...

Die Grabenexplosion in Virginia. Aus Boca-Raton (Virginia) ...

Unterang eines englischen Kriegsschiffes. Das Panzenboot ...

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Die braunschweigische Frage.

Braunschweig, 6. Okt. In den amtlichen Braunschweigischen ...

Hierzu folgt ein Schreiben an das preussische Ministerium ...

Es folgen ein Schreiben des Ministeriums an den Herzog ...

Wesig, 6. Okt. Die „A. M.“ melden: Der braunschweigische ...

Internationaler Bergarbeiterstreik.

Genève, 6. Okt. Der Bergarbeiterverband hat einen Brief ...

Die russischen Wären.

Petersburg, 6. Okt. Gerüchten wurde die Erdgasüberbindung ...

Gumburg, 6. Okt. Die Reichsminister Friedrich Karl von ...

Genève, 6. Okt. Die Polizei hat eine große Debes- und ...

Genève, 6. Okt. In einer gestern abgehaltenen Sitzung ...

Strasbourg, 6. Okt. Auf der Grube „Bellevue“ in Haguenau ...

Genève, 6. Okt. Bei einem Großfeuer, das die Ortschaft ...

Würgburg, 6. Okt. Der Reichsminister für Württemberg ...

Genève, 6. Okt. Der Wägenbauauschuss nahm am 21. ...

Genève, 6. Okt. Die Wägenbaukommission hat beschlossen ...

Madrid, 6. Okt. Durch königlichen Erlass wird bestimmt ...

London, 6. Okt. Der deutsche Vorkämpfer Graf Wolf-Meter ...

Konstantinopel, 6. Okt. Der Kaiserliche Hofkammer ...

Sofia, 6. Okt. Eine Luftkugel-Explosion zerstörte eine ...

Paris, 6. Okt. Der amerikanische Wägenbau hat gestern ...

New Orleans, 6. Okt. Ein Wirbelsturm richtete gestern ...

Wesig, 6. Okt. Die „A. M.“ melden: Der braunschweigische ...

Genève, 6. Okt. Der Bergarbeiterverband hat einen Brief ...

Genève, 6. Okt. Die Wägenbaukommission hat beschlossen ...

Genève, 6. Okt. Der amerikanische Wägenbau hat gestern ...

New Orleans, 6. Okt. Ein Wirbelsturm richtete gestern ...

Wesig, 6. Okt. Die „A. M.“ melden: Der braunschweigische ...

Genève, 6. Okt. Der Bergarbeiterverband hat einen Brief ...

Genève, 6. Okt. Die Wägenbaukommission hat beschlossen ...

Genève, 6. Okt. Der amerikanische Wägenbau hat gestern ...

New Orleans, 6. Okt. Ein Wirbelsturm richtete gestern ...

Wesig, 6. Okt. Die „A. M.“ melden: Der braunschweigische ...

Genève, 6. Okt. Der Bergarbeiterverband hat einen Brief ...

Genève, 6. Okt. Die Wägenbaukommission hat beschlossen ...

